

Antrag

der Fraktion der SPD

Politische Bildung

Vor zwanzig Jahren hat sich das Plenum des Deutschen Bundestages zum letzten Mal in einer parlamentarischen Debatte mit der Politischen Bildung befaßt.

Seither haben sich die Aufgaben der Politischen Bildung inhaltlich erweitert, wenngleich sich ihr organisatorischer und finanzieller Zuschnitt nicht im gleichen Maße mitverändert hat. Wer aber an der Politischen Bildung spart, verkennt,

- daß Jugendliche heranwachsen, die für gesellschaftliche Verantwortung immer neu motiviert und befähigt werden wollen und müssen;
- daß es auch in politischen Fragen lebenslangen Lernens bedarf;
- daß die gesellschaftliche Entwicklung zu grundsätzlichen Auseinandersetzungen darüber zwingt, welche Ziele auf dem Weg in eine humane, solidarische und partizipatorische Gesellschaft maßgebend sein sollen;
- daß neue Herausforderungen es notwendig machen, Wissen, Fähigkeiten und Handlungsorientierungen zu überprüfen.

Solche neuen Herausforderungen sind z. B.:

Versöhnung von Ökonomie und Ökologie, Zukunft der Arbeit, Gleichstellung der Geschlechter, neue Informations- und Kommunikationstechniken, Mikroelektronik, Gentechnologie, Wachsen der Aggressionsbereitschaft, Zusammenleben mit Familien ausländischer Mitbürgerinnen und Mitbürger.

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag fordert daher die Bundesregierung auf, dem Deutschen Bundestag bis zum Herbst 1988 zu berichten,

1. wie sich die freien und öffentlichen Träger der politischen Jugend- und Erwachsenenbildung seit der 5. Wahlperiode hinsichtlich ihrer inhaltlichen Schwerpunkte, ihrer Teilnehmerstruktur sowie ihrer finanziellen Ausstattung entwickelt haben;

2. wie die politische Bildung als integraler Bestandteil der Weiterbildung gestärkt werden kann;
3. welche Qualifikationen in der politischen Bildung in Anbetracht des technischen Wandels im Rahmen einer Konzeption einer lebensbegleitenden Bildung vermittelt werden sollen;
4. wie die Träger der politischen Bildung angesichts der wachsenden Aufgaben, ihrer Struktur entsprechend, ein differenziertes regionales oder überregionales Angebot sicherstellen können;
5. wie und in welchem Zeitraum die ILO-Richtlinien zum Bildungsurlaub verwirklicht werden.

Bonn, den 22. Dezember 1987

Dr. Vogel und Fraktion

Begründung

Zu 1.

Die Träger der Politischen Bildung müssen sich im Blick auf die wachsenden inhaltlichen Aufgaben organisatorisch weiterentwickeln können, damit sie in den Stand gesetzt werden, an der Formulierung eines neuen gesellschaftlichen Konsensus mitzuwirken.

Je offener dieser Prozeß gestaltet wird, je stärker die Beteiligung von Jugendlichen und Erwachsenen, je klarer unterschiedliche Interessen, Wertüberzeugungen und politische Grundannahmen dabei einbezogen werden, desto eher besteht die Chance, ein neues inneres Gleichgewicht der Gesellschaft zu finden.

Die Pluralität der Träger der Politischen Bildung hat sich bewährt. Sie werden ihrerseits ihre Konzeptionen, Methoden und Inhalte überarbeiten, um auf neue Kooperationspartner zugehen zu können und um den Bedürfnissen neuer Zielgruppen gerecht zu werden.

Die finanzielle Ausstattung ist diesen neuen Aufgaben anzupassen.

Zu 2.

Politische Bildung muß als differenziertes Angebot an alle Bürger/innen bestehen bleiben. Um seinen Staat zu gestalten, braucht der Souverän Informationen, Auseinandersetzung mit Argument und Meinung.

Die Politische Bildung kann zu diesem Lernprozeß nur dann beitragen, wenn sie integraler Bestandteil der Weiterbildung bleibt.

Sie darf gegenüber der allgemeinen wie der beruflichen Bildung nicht an den Rand gedrängt werden. Der Erwerb allgemeiner und beruflicher Qualifikationen ohne politische Bildung verkürzt die Chancen eines sozialen Lernfortschritts. So kann beispielsweise

Zukunft der Arbeit nicht allein bedeuten, daß Arbeitslosigkeit abgebaut oder verhindert wird.

Es geht mit Blick auf die Zukunft auch um die Suche nach Lösungen für eine neue Arbeits- und Freizeitgesellschaft.

Zu 3.

Die Verengung der Qualifikationsmaßnahmen auf die gegenwärtigen oder zu vermutenden zukünftigen Bedürfnisse des Arbeitsmarktes paßt menschliche Fähigkeiten allein den Erfordernissen der industriellen Modernisierung an. Nicht nur die Kommerzialisierung des Bildungsmarktes, sondern auch die zunehmende Zersplitterung des Weiterbildungsangebots wäre die zwangsläufige Folge eines solchen begrenzten Begriffs von Bildung.

Politische Bildung soll dieser Tendenz ein integratives Konzept entgegensetzen. Sie will alle Anlagen und Fähigkeiten des einzelnen entfalten, damit gesellschaftliche Prozesse durchschaut, Kriterien zur Bewertung politischer Vorgänge entwickelt und selbstverantwortetes solidarisches Handeln ermöglicht werden.

Damit das Ziel einer partizipatorischen Demokratie angestrebt werden kann, sind die verschiedenen Lebensbezüge und Lebenslagen, Rollen und Bindungen von einzelnen und Gruppen zu beachten.

Zu 4.

Seit Beginn der 80er Jahre haben sich die organisatorischen Probleme der Politischen Bildung verschärft. Sparmaßnahmen von Bund und Ländern haben

- das Volumen an Bildungsangeboten festgeschrieben. Die Bezuschussung erfolgt ohne Rücksicht auf die Steigerung von Sach- und Personalkosten;
- die Anerkennungsvorschriften für neue Träger negativ verändert. Sie werden nicht gleichberechtigt an der finanziellen Förderung beteiligt;
- Bildungsurlaubsgesetze geändert, Ansprüche begrenzt und Zielgruppen per Richtlinien neu verfügt; der Verwaltungsaufwand erhöhte sich und die Arbeit der Träger wurde bürokratisiert.

Den Trägern der Politischen Bildung fällt es angesichts dieser Probleme zunehmend schwer, ein differenziertes regionales oder überregionales Angebot sicherzustellen.

Initiativen der Bundesregierung müssen die bewährten Träger in ihrer Arbeit stärker unterstützen und qualifizierten Neubewerbern eine Chance geben.

Zu 5.

Der Deutsche Bundestag hatte im September 1976 ein Gesetz zum Übereinkommen Nr. 140 der Internationalen Arbeitsorganisation

über den bezahlten Bildungsurlaub beschlossen. Von der Bundesregierung ist zu erwarten, daß sie den Gesetzesauftrag erfüllt und unter Beachtung der Rechte der Bundesländer die dafür geeigneten Schritte unternimmt.